

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1,50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Verkehr RM. 1,50 mit
Postzuschlag. Preise freibleibend.
Der Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt behält
sich Verleger auf Lieferung der
Zeitung über auf Nichterhaltung
des Bezugsvorrechtes.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Vorkaufsstellen jederzeit entgegen.
Gesamtdruck R. 4.
Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenbürg.

Der Enztöler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder
deren Raum 25 Pf., Kleinanzeigen
10 Pf., Rubrikverträge 100 Pf.,
Zuschlag, Offerte und Ankündi-
gungen 50 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Nachvertrages hinfällig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
rechnungsum erfolgt. Bei Verän-
derungen treten sofort alle früheren
Verbindlichkeiten außer Kraft.
Gerichtshand für beide Teile in
Neuenbürg. Für telef. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheinet täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger), für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenbürg.

Nr. 175

Freitag den 29. Juli 1932

90. Jahrgang

Vor einer Schulreform?

Der Reichsminister des Innern an die Unterrichtsminister der Länder

Berlin, 28. Juli. (Eig. Meld.) Der Reichsminister des Innern, Freiherr von Sahl, hat an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Bedeutung der deutschen Jugendbildung für die Wiederaufbauarbeit hinweist. Die Frage des Reichsschulgesetzes harre noch immer der Lösung. Er hoffe, demnächst mit den Ländern die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Arbeiten an diesem Gesetz beraten zu können und dabei die Erfahrungen der Länder im weitesten Maße zu berücksichtigen. Das Schreiben enthält weiterhin eine Darlegung allgemeiner Gesichtspunkte für die Jugendbildung. Die Erziehung zu Volk und Staat, zur Verantwortung und Oberverantwortung gegenüber dem Ganzen wird als vornehmste Aufgabe der Schule bezeichnet. In Zukunft werde man die sachlichen Anforderungen wieder in allen Schularten freigern müssen, ohne die wertvollen pädagogischen und methodischen Neuerungen des letzten Jahrzehnts preiszugeben. Die völkische und staatspolitische Erziehungsaufgabe der deutschen Schule stehe in scharfem Gegensatz zur parteipolitischen Beeinflussung der Jugend. Die schonenlose Verbesserung durch parteipolitische Organismen sei schlimmste Verhinderung und das Gegenteil zur Erziehung zu echter Staatsgenossenschaft. Die bisherigen Maßnahmen zur Entpartialisierung der Schule seien nicht hinreichend. Weiter hätten sich auch die Führer großer Parteien dem Ruf verweigert, auf die parteipolitische Bearbeitung der wahlmännlichen Jugend zu verzichten. Parteiliche Einseitigkeiten in der Personalpolitik und der Einführung von Lehrplänen habe in der Elternschaft ein tiefes Mißtrauen gegen die Staatschule erregt und innerhalb der Lehrerschaft Unsicherheit und parteipolitische Verdüsterung hervorgerufen. Lehrer dürfen deshalb keine Parteimänner, sondern nur Jugendzieher sein, die in ihrer pädagogischen Haltung den überparteilichen Staatsgedanken verkörpern. Die Erziehung zu echter Staatsgenossenschaft müsse ergänzt und vertieft werden durch eine deutsche Bildung, die sich auf die geschichtlich-kulturelle Wertgemeinschaft des deutschen Volkes gründet und ein lebendiges Volksbewußtsein entwickelt. Dieser Gedanke wird in dem Schreiben dann weiterhin mit Bezug auf die einzelnen Schularten entwickelt. Betont wird, daß die Erziehung zur Staatsgenossenschaft und zum Volksgenossen ihre härteste innerliche Kraft aus den Wahrheiten des Christentums empfangt. Deshalb werde der Minister es als besondere Pflicht betrachten, die freie Entfaltung der christlichen Schule und die christliche Grundlage aller Erziehung zu sichern. Weiter wird betont, daß die Schule auf die Unterhaltung ihrer Arbeit, durch Eltern, Staat und Volk angewiesen ist. Weiter die Schul-erziehung hinaus werde der Minister dabei alle Mittel der öffentlichen Kulturförderung der gestellten Aufgabe dienstbar machen. Wo die Jugend sich selbst in ihren Vätern, in den Arbeitslagern, im freiwilligen Arbeitsdienst usw. Anfänge einer neuen sittlichen Ordnung schaffe, könne sie mit der ganz besonderen Anteilnahme und Förderung des Ministers rechnen. Dem Schluß des Schreibens erbittet der Minister die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Landesregierungen mit dem Ziel, die rechte Erziehung der deutschen Jugend die Zukunft Deutschlands zu sichern.

Reichskommissar in Preußen und seiner Mitarbeiter, die am Mittwochabend stattfand, sind grundsätzliche Beschlüsse über die Einleitung einer Verwaltungsreform in Preußen gefaßt worden. Es ist schon vor einigen Tagen von amtlichen Stellen zum Ausdruck gebracht worden, daß die gesamten Personalveränderungen nur deshalb keinen endgültigen Charakter haben, weil mit gewissen Reformen auf dem Gebiet der preussischen Verwaltung noch gerechnet werden muß.

Inzwischen hat sich der Reichskommissar gemeinschaftlich mit dem kommissarischen Innenminister Bracht dahin geeinigt, eine große Zahl von Landkreisen zusammenzulegen. Wahrscheinlich werden 70 Kreise der Auflösung andeinstellen, wobei natürlich noch untersucht werden muß, welche Kreise sich für die Zusammenlegung am besten eignen. Von langer Seite wird bereits behauptet, daß es sich hierbei lediglich um die Verwirklichung von Plänen der Regierung Braun handele. Das ist nicht ganz richtig. In der Dezemberverordnung aus dem Jahre 1931 sind eine Reihe von Vereinfachungen der Behördenorgane vorgesehen.

Diese Vereinfachungen sind aber doch nur erste Anfänge, wenn man zum Beispiel hört, daß von den 212 Kreisämtern und 2000 Sonderstellen nur 50 aufgehoben werden sollen. Nebenbei sieht es mit den übrigen Vereinfachungen aus, die außerdem erst im Spätherbst oder gar im nächsten Jahr in die Erscheinung treten sollen. In der Verordnung ist auch gesagt worden, daß die Zahl der Kreise vermindert werden soll. Es ist aber nicht zum Ausdruck gebracht, wieviele Kreise einzuziehen sind. Man hatte lediglich daran gedacht, von den 407 Landkreisen 40 Kreise zurückzubehalten zu lassen. Der Reichskommissar ist wesentlich weiter gegangen. Er hat die Zahl der aufzulösenden Landkreise nahezu verdoppelt und will sich auf eine langfristige Arbeit nicht einlassen. Es handelt sich also um ein Sofortprogramm, um die preussische Verwaltung möglichst rasch zu vereinfachen und von Ausgaben zu entlasten. Durch die Auflösung werden natürlich ungefähr 70 Landräte überzählig, die dann, soweit keine Bedenken vorhanden sind, auf anderen Verwaltungsposten Verwendung finden sollen. Das wird aber zur Voraussetzung haben, daß noch weitere Personalveränderungen vorgenommen werden. Am Mittwochabend ist man sich zunächst darüber schlüssig geworden, 9 Landräte ihres Postens zu entheben.

Die Verwaltungsreform in Preußen

Das „Damburger Fremdenblatt“ bringt einen langen Bericht über die Reformbeschlüsse für Preußen und teilt mit, daß Schleswig-Holstein von der Reform so gut wie gar nicht berührt werde; umso mehr aber räume man mit den Zweigverwaltungen in der Provinz Hannover auf. In der Umgestaltung von Damburg erfolge eine Zusammenlegung folgender Landkreise: Lüneburg-Niedere, Stade-Forst-Neubingen, Rorber und Süderdithmarschen, Dufsum und Uterriedt, Jarburg und Winken an der Lube, Sule und Sowa, sowie Osterholz und Wülfenbühl.

Die „Schlesische Volkszeitung“ weist zu den angekündigten Plänen einer Zusammenlegung von Landkreisen zu berichten, daß für Niederschlesien folgende Regelung vorgezogen sei: Die Zusammenlegung erfolge bei den Kreisen Glatz, Neutode, Reichenbach-Münster, Frankenstein-Münsterberg, Ohlau-Brieg, Schweidnitz-Striegau, Wohlau-Stelmau, Liegnitz-Sauer, Landsberg-Bolkow, Goldberg-Görlitz-Tanau-Grünberg-Breschadt, wobei jeweils die Ertragsreicheren Orte des neuen Kreises werden sollen.

nicht nur in Oesterreich, sondern in Mitteleuropa überhaupt. Der Bundeskanzler stellte gegenüber den in der Öffentlichkeit geäußerten Bedenken und Angriffen fest, daß das Genfer Protokoll vom Jahre 1922, auf das sich das vorliegende Anleiheprotokoll gründe, sich vollständig mit dem Artikel 88 des Friedensvertrags von St. Germain decke. Nicht zu unterschätzen sei die Bedeutung der Bestimmung über den Vertreter des Völkerbundesrates, der an die Zusammenarbeit mit der Regierung gebunden sei. Die Leitung der Nationalbank nehme in Aussicht, wenn das Genfer Protokoll angenommen und damit die zusammenhängenden Maßnahmen beschlossen sein sollen, eine Ermäßigung der Bankrate vorzunehmen. Die Ablehnung der Anleihe sei nicht nur eine Kabinettsfrage, sondern es würden auch neue und unüberwindliche Schwierigkeiten vom Auslande her für die österreichische Wirtschaft entstehen. Das Protokoll und das Reformprogramm, erklärte Dr. Dollfus zum Schluß mit erhobener Stimme, sind kein völkischer Vertrag, sondern die selbstverständliche Pflicht für die Erhaltung des Deutschlands in Oesterreich.

Die Rede des Bundeskanzlers wurde von den Christlich-Sozialen mit stürmischem Beifall aufgenommen. Von großdeutscher Seite erschollen stürmische Zwischenrufe, sodas einige Zeit hindurch großer Lärm herrschte. Sodann wurde einstimmig beschlossen, die Debatte über das Anleiheprotokoll zu eröffnen.

Berlin, 28. Juli. In einer Blättermeldung, wonach Fälschungen von Aktien der J.G. Farbenindustrie in Umlauf gebracht worden seien, verlautet aus Bankkreisen, daß diese Fälschungen holländischen Ursprungs vor einiger Zeit in Dortmund aufgetaucht sind. Die Rotterdammer Polizei habe den Hersteller bereits verhaftet. Der eigentliche Auftraggeber sei geflüchtet. Die Fälschungen seien so plump, daß sie mit den Originalen nicht verwechselt werden könnten.

Umbau der Reichswehr?

Von unserem Berliner Vertreter

Berlin, den 28. Juli 1932.

Die Rundfunkrede des Generals von Schleicher hat, wie zu erwarten war, in der ganzen Welt einen geradezu sensationellen Widerhall gefunden. Während man in London sich ruhig und sachlich äußert und in Rom Schleichers Offenheit begrüßt, markiert die gesamte französische Presse höchste moralische Entrüstung besonders über jene Stelle der Schleicherschen Rede, in der der Minister den Umbau der deutschen Wehrmacht ankündigt, für den Fall, daß Deutschlands rechtlich begründete Forderung entweder nach der Abrüstung der anderen oder nach der Kostengleichheit unerfüllt bleiben sollte. Besonders der „Matin“ verteidigt sich zu der sinnlosen Behauptung, Schleicher habe eine „Beyrede“ gegen Frankreich gehalten. Wörtlich heißt es: „Nach nie hat eine verantwortliche Persönlichkeit in Deutschland so falsche Aussagen und so geschäftige Erklärungen gegen Frankreich gerichtet!“

Eines bleibt auf jeden Fall festzustellen: die Rede des Generals von Schleicher hat alle an und für sich schon außerordentlich problematisch gewordenen Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Frankreich Herrichts gegenstandslos gemacht. Auch die französische Rechte wird, wie sie zur Genüge bemerken hat, nur Interesse an einem Deutschland haben, das außenpolitisch wehrlos ist. Gerade die Befestigung dieser Wehrlosigkeit aber hat der Reichswehrminister als eines der grundlegenden Ziele deren Reichsregierung aufgestellt. Es bleibt zu beachten, daß General v. Schleicher ausdrücklich von einem Umbau, nicht von einem Ausbau der Reichswehr sprach. Die Verhandlungen mit England und Italien vor dem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz hatten sich bisher in der Richtung erstreckt, daß Deutschland das Recht auf die Schaffung und Einführung zusätzlicher und uns durch das Versailles-Diktat seither verbotener Waffen forderte. Nach vor einigen Monaten wäre Deutschland bereit gewesen, sich mit der Erlaubnis zum Bau von Kampfflugzeugen, die keinen offensiven Charakter besäßen und in ihrem Wirkungsbereich beschränkt sind, und der Einführung von modernen Kampfwagen zu begnügen. Heute, nach den Ankündigungen Schleichers und besonders nach dem katastrophalen Fiasko der Genfer Abrüstungskonferenz gehen Deutschlands Forderungen weiter.

Wenn auch beim Aufbau und der Organisation der Reichswehr das Höchstmögliche geleistet worden ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß auf die Dauer eine zwölfjährige Dienstzeit für den deutschen Soldaten sich als schwere Belastung herausstellt. Während England seine ebenfalls langfristige verpflichteten Soldaten in den Dominions und Kolonien beschäftigen kann, ist die praktische und theoretische Ausbildung des deutschen Reichswehresoldaten nach einigen Jahren abgeschlossen. Da jährlich nur ein bestimmter Prozentsatz ausscheidet, sind die Beförderungsaussichten im Offizier- und Unteroffizierskorps nur gering. Außerdem genügen hunderten-tausend Mann nicht entfernt, um Deutschlands Grenzen zu verteidigen. Denn auch die Bewaffnung dieser Hunderttausend hat in keiner Weise Schritt gehalten mit der Ausrüstung der anderen europäischen Armeen. Ein Umbau der deutschen Reichswehr könnte also nach zwei Richtungen hin erfolgen, einmal durch eine Vermehrung der Reichswehr selbst und durch eine Reform des Erlages, oder aber durch die Schaffung einer Volksmiliz, die eine militärische Durchbildung für alle Jovche des Abwehrkampfes erfährt. Eine amtliche Stellungnahme zu diesen Plänen und Möglichkeiten liegt noch nicht vor. In der Ueberzeugung, daß um der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens willen die Stärke der jetzigen deutschen Wehrmacht erweitert oder umgebaut werden muß, aber sind sich ausnahmsweise einmal alle deutschen Parteien einig.

Abrüstung vor Schuldenrevision!

Washington, 28. Juli. Der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, hat gestern Herriot informiert, die Grundlage der Zusammenarbeit Frankreichs und der Vereinigten Staaten liege in der Abrüstung. Es verlautet in Washington, daß die amerikanische Regierung keine Initiative zur Revision der Kriegsschulden zu ergreifen gedenkt, und daß sie für eine Revision auf jeden Fall eine drastische Abrüstung als Preis verlangen will.

Die Erklärung des Botschafters fällt zusammen mit einer Aeußerung des republikanischen Führers, Senator Watson, der gestern erklärte, die Einleitung zu einer Weltwirtschaftskonferenz, auf der entsprechend dem Vorschlag des Senators Borah die Kriegsschulden erörtert werden würden, müsse in der Abrüstung Europas bestehen. Er sagte: Es ist unentbehrlich, daß wir den Europäern erlauben, das Geld, das sie uns schulden, zu behalten, um sie auf diese Weise in den Stand zu setzen, ihre militärischen Rüstungen zu vermehren. So weit wir leben können, ist dies aber ihr Ziel.

Obige Aeußerung des Senators Watson wird verschiedentlich so aufgefaßt, daß er sich bemüht, der Regierung die Idee auszuwerfen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, bevor Europa neue Schritte in Richtung auf Abrüstung getan hat. Ferner wird sie als Wahlpropaganda angesehen, die geeignet ist, die republikanische Partei gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie amerikanisches Geld ohne Gegenleistung weggeben wolle.

Berlin, 28. Juli. Ministerialrat Erich Scholz vom Reichsministerium des Innern wird am Freitag, den 29. Juli, abends 7.35 Uhr, über die Neuregelung des Rundfunks über alle deutschen Sender sprechen.

Kassel, 28. Juli. Oberleutnant Dentschel von der Flugpolizei Kassel hat heute den deutschen Dauerrekord im Segelfliegen mit 16 Stunden 9 Minuten gebrochen. Der bisherige deutsche Rekord betrug 14 Stunden 7 Minuten.

Verwaltungsreform in Preußen

Ein Sofortprogramm der kommissarischen Regierung
70 Landkreise werden zusammengelegt

Berlin, 28. Juli. In der staatsministeriellen Sitzung des

Scheinstimmung in Oesterreich

Zwei Briefe an den Bundeskanzler

Wien, 28. Juli. Die Vorverhandlungen über die parlamentarische Erledigung des Lausanner Anleiheprotokolls haben gestern abend wieder eine kritische Wendung genommen. Im Debatteklub kam es spät abends noch zu einer mehrstündigen sehr entscheidenden Ausdrucks zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Anleihe. Es kam ein Beschluß zustande, der nochmals in scharfer Weise die Vertagung der Entscheidung über das Lausanner Protokoll forderte.

In diesem Sinne hat der Debatteklub zwei Briefe an Bundeskanzler Dollfus gerichtet. Das erste Schreiben fordert die Vertagung der Beschlußfassung über den Lausanner Vertrag bis zur vollständigen Klärung der Anleihebedingungen. Der zweite Brief stellt fest, daß der wirtschaftliche Aufbauplan, wie ihn der Debatteklub verlangt habe, infolge der sozialdemokratischen Opposition nicht habe durchgeführt werden können. Die Partei sei nicht gewillt, weiter an den Regierungsarbeiten teilzunehmen, wenn die Durchführung der vorgeschlagenen Reformen nicht alsbald gewährleistet werde.

Der österreichische Bundeskanzler über die Völkerbundsanleihe

Wien, 28. Juli. Bundeskanzler Dr. Dollfus gab heute im Nationalrat die mit Spannung erwartete Erklärung über das Lausanner Anleiheprotokoll ab. Er gedachte hierbei in herzlichen Worten besonders des herzlichen Einvernehmens mit den Vertretern der deutschen Reichsregierung und der wertvollen Unterstützung, die diese bei verschiedenen Gelegenheiten den österreichischen Unterhändlern angedeihen ließen. Die Anleihe des Völkerbundes bilde den Ausgangspunkt für die Sanierung der finanziellen und Verhältnisse



Wahlen ohne Ausnahmezustand

s. Berlin, den 27. Juli 1932.

Von den Möglichkeiten des Ausnahmezustandes ist nur in ganz geringfügiger Weise Gebrauch gemacht worden. Er war überhaupt nur notwendig geworden, weil die früheren Wahlhelfer in Preußen sich nicht freiwillig der Notverordnung über die Einsetzung des Reichskommissars hatten unterwerfen wollen. Im übrigen haben die Androhungen, die in dem Ausnahmezustand lagen, vollkommen genügt, um die Leitung vor der Staatsautorität bei den Unruhestiftern wieder herzustellen. Der Schrecken, der ihnen offenbar tief in die Knochen gefahren ist, dürfte wohl fest genug sitzen, um ihnen bis zum Wahltag die Lust an neuen Unruhen und Ausschreitungen zu nehmen. Das wissen jetzt alle, daß die neuen Verträge auch ohne Ausnahmezustand nicht mit sich wägen lassen wollen. Der Polizeierlass des Reichswehrkommissars in Preußen, des Oberbürgermeisters Dr. Bracht, läßt nach dieser Richtung keinen Zweifel. Bei der Aufhebung des Ausnahmezustandes hat sich die Reichsregierung natürlich in der Dauerfrist von dem Bestreben leiten lassen, so früh wie möglich die volle Wahlfreiheit für die Durchführung der Reichstagswahl herzustellen. Man möchte nach jeder Seite hin die weitere Behauptung unmöglich machen, daß durch Druck und Verhinderung von oben das Ergebnis der Wahlen verunstaltet worden sei. Nach dieser Richtung ist auch die Anweisung des Herrn Bracht zu deuten, in der er sich gegen jede schändliche Anwendung der Bestimmungen über die Versammlungsfreiheit usw. ausspricht und den Volksgenossen eine unparteiische und gerechte Durchführung zur Pflicht macht.

In den neuen Maßnahmen der Reichsregierung offenbart sich ganz augenfällig die absolute Sicherheit, daß die Staatsgewalt sich allen Situationen und Möglichkeiten vollkommen gewachsen fühlt. Die harten Worte, die von einigen nationalsozialistischen Wahlrednern der zweiten Garnitur gesprochen wurden und in denen eine Drohung erblickt werden konnte, daß die Nationalsozialisten ganz unabhängig von dem Wahlausgang nach dem 31. Juli die Macht an sich reißen würden, haben einige überängstliche Gemüter nervös gemacht. Diese Verwirrung wird in den Kreisen der Reichsregierung nicht geteilt. Gegenüber besorgten Anfragen wurde nochmals die Kenntnisnahme des Generals von Schleicher in aller Form unterstrichen, daß die Machtmittel des Staates mit höchster Entschlossenheit gegen jeden Angriff eingesetzt werden sollen, der auf eine Teilung der Reichsregierung abzielen würde. Die Befugnisse der Reichsregierung gegenüber dem Reichstag sind durch die Verabreichung der Gesetze und durch die prompten Verfügungen des Generals auf eine Anfrage im Reichstagsausschuß gemacht hat. Er hat auf die Frage des Abgeordneten Dr. Huns, ob die Reichswehr auch gegen einen Putsch der Nationalsozialisten vorgehen würde, augenblicklich und mit schärfster Betonung geantwortet: „Selbstverständlich!“

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß sie in der Wirklichkeit einen politischen Ausnahmezustand befürchtet habe, der bisher gegenüber der stärksten deutschen Partei aufgetreten gewesen sei. Nachdem sie dieser Bewegung alle überhand genommenen Freiheiten und jede Gleichberechtigung gegeben hat, glaubt sie sich in höherem Maße als jede frühere Regierung berechtigt, jedem außerhalb der Verfassung liegenden Versuch zur Nachahmung mit brutaler Entschlossenheit gegenüberzutreten. Die führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialisten dürften die letzten Kundgebungen der Reichsregierung kaum mißverstanden haben. Es ist unter diesen Umständen nicht wahrscheinlich, daß den harten Worten der Wahlversammlungen illegale Vorbereitungen und Absichten parallel laufen. Die Reichsregierung erklärt jedenfalls, daß sie nach dieser Richtung hin nicht die geringsten Besorgnisse habe und gegebenenfalls alle Kräfte zur Abwehr bereit ständen.

So wird man also gelassen dem kommenden Sonntag entgegenzusehen können. Es spricht alles dafür, daß diesmal die Wahlen so ruhig und unbeeinträchtigt vor sich gehen können, wie das letzten der Fall war. Eine Ausnahme wird hinterher keine Partei haben. Das Schicksal des Parlamentarismus wird sich nach dem nächsten Sonntag an der Frage entscheiden, ob sich die Parteien den Notwendigkeiten der Staatsautorität fügen oder ob sie weiter ihre Parteiführer suchen wollen.

Reichstrauer um die Toten der „Riobe“

Berlin, 28. Juli. Anlässlich des Unterganges des Segelschiffes „Riobe“ der Reichsmarine legen am Donnerstag den 28. und am Freitag den 29. Juli die Reichsbehörden im ganzen Gebiet die Flaggen auf Halbmast. Die Landesregierungen sind ersucht, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen.

„Warum ging Bayern an den Staatsgerichtshof?“

Bamberg, 27. Juli. (Eig. Meldung.) Der Vorsitzende der W.B.B. Staatsrat Schäffer, erläuterte in einer heute gehaltenen Rede eingehend, warum die bayerische Staatsregierung auf Grund staatspolitischer Erwägungen Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wegen des Vorgehens der Reichsregierung gegen die preussische Regierung erhob. In Bayern sei immer eine Staatspolitik getrieben worden, die wesentlich der preussischen Politik entgegengesetzt war. Bayern und Preußen könnten nicht erzwungen, von Bayern aus persönliche und politische Deckung zu finden. Das könne aber nicht verhindern, festzustellen, ob das, was die Reichsregierung dem Staat Preußen gegenüber getan habe, verfassungsmäßig tragbar sei; denn läge ein verfassungswidriger Gewaltstreik vor und Bayern würde schweigen, so würde es damit einer künftigen Reichsregierung die Arbeit erleichtern, wenn sie irgend einem Lande gegenüber, dessen Politik ihr parteipolitisch nicht gefällig, mit dem Mittel des Reichskommissars zu operieren gedächte. Könne die Reichsregierung nicht sehr bald sachliche Unterlagen für ihr Vorgehen der Defensivität bieten, so gerate sie in den Verstand, den Artikel 48 rein nach politischen Zweckmäßigkeitsgründen angewandt zu haben. In diesem Falle bedürfte das Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen eine Verdrohung für alle Länder. Die Ablehnung des preussischen Antrags durch den Staatsgerichtshof sei nicht mit rechtlichen Gründen erfolgt, sondern mit Gründen der Staatsraison.

Er, der Redner, wolle auch den Nationalsozialisten Argwohn zum Ausdruck bringen, daß ihr Verlangen nach einem Reichskommissar in Bayern auch deshalb in Berlin kein Ohr finden werde, weil man in Berlin sehr wohl wisse, daß in Bayern ein so hartes Staatsgefühl vorhanden sei, daß man damit rechnen müsse, daß Bayern in einem solchen Falle auch die politischen Machtmittel finden würde, um den Reichskommissar in Bayern zu vermeiden. Die erste Aufgabe Bayerns sei es aber, sein Recht zu wahren, ohne in den äußersten Konflikt hineingeraten zu werden.

Die Lage der süddeutschen Länder vor dem Staatsgerichtshof hat politisch auch den Zweck gehabt, das Reichskabinett zu veranlassen, sich mit den Ländern anzunähern und Klarheit für die nächste Zukunft zu geben. Dieser Zweck sei durch die Stuttgarter Konferenz erreicht. Dem Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung könne nur durch eine gesetzliche Regelung Einhalt getan werden. Die W.B.B. werde im neuen Reichstag dafür sorgen, daß das ausstehende Ausführungsgesetz zum Artikel 48 geschaffen werde.

Wahlausflug der Volksrecht-Partei

Der Wahlausflug der Volksrecht-Partei wendet sich gegen den verbreiteten Massenwahn und die gefährliche Gewalt- politik und ruft das deutsche Volk zur Vernunft und zur Besinnung auf. Es gibt nur einen Weg der Rettung Deutschlands: der Weg des Rechts, der Vernunft und der entschlossenen Tat. Die Volksrecht-Partei stellt dem Völkerverstand den Gedanken des Rechts, dem Kampfe und dem überhöhten Parteienkampf die Idee der schicksalsverbundenen Volksgemeinschaft, dem Egoismus kurzschäftiger Sonderinteressen die Forderung des gerechten Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen gegenüber. Insbesondere bekämpft die Volksrecht-Partei mit größter Energie den Jrenwahn, als ob der deutschen Wirtschaft durch eine neue Inflation, durch einen Währungsbeitrag irgendwelcher Art oder eine erneute Sparversteigerung geholfen werden könnte. Das würde zur Verdrängung des Vertrauens und des Zulaufes überhand führen, während heute nichts nötiger ist als die Wiederherstellung einer auf Vertrauen gegründeten ausreichenden Inlandkapitalbildung. Neben der Abwehr solcher Enteisungspläne fordert die Volksrecht-Partei eine Schlichtung gegenüber der Sparereignung durch die Inflation und die Aufwertungsgegebung: Die Milliarden, welche nochmals den Kriegsgegnern bezahlt werden sollen, gehören von Rechts wegen den enteigneten Sparern und Rentnern, den Kriegsovern und Arbeitlosen. Alle Kraft muß heute eingesetzt werden, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Dies sind großartige und durchgreifende Taten notwendig: entschlossene Durchführung des Zielungsgebührens auch gegen den Widerstand der Großgrundbesitzer, Heranziehung der unbeschäftigten Jugend zum Arbeitsdienst, gefändere Arbeitsverteilung und richtige Regelung der Arbeitszeit, Wiederaufbau einer gesunden inländischen Kapitalbildung, Zurück zu Recht und Ordnung, Wiederherstellung der rechtlichen und sittlichen Grundlagen von Staat und Wirtschaft, Wiederaufbau der Fundamente unserer Staats- und Gesellschaftsordnung: Recht und Eigentum! Das sind die Grundforderungen des Kampfes der Volksrechtspartei.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Ueber Spanien und Finnland liegen Hochdruckgebiete, über Großbritannien aber immer noch eine Depression, so daß für Samstag und Sonntag zwar mehrfach aufbelebendes, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten ist.

Birtensfeld, 29. Juli. Einem schweren Unglücksfall fiel der 30 Jahre alte Metzgermeister Fritz Gräfe zum Opfer. Er fuhr am Mittwoch mittag mit seinem Fahrrad entlang der Dietlinger Straße. Durch einen unglücklichen Umstand ließ Gräfe mit einem ihm entgegenkommenden Fuhrwerk zusammenstoßen, wodurch ihm ein Balken des Wagens in die Brust geriet. Mit schweren Darmverletzungen mußte der Verunglückte in das Bezirkskrankenhaus verbracht werden, wo er am Donnerstag abend gegen 11 Uhr verschied. Gräfe war ob seines ruhigen, arbeitsamen Wesens allgemein geschätzt und beliebt. Der trauernden Gattin und dem Kind wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Stimmzettel zur Reichstagswahl für den Wahlkreis Württemberg (Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen)

- 1 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Karl — Hofmann — Dr. Schumacher — Hildenbrand
- 2 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)
Dreher — Grund — von Jagow — Kiehn
- 3 Kommunistische Partei Deutschlands
Frau Jettin — Buchmann — Zint — Frau Greiner
- 4 Württembergische und Hohenzollernische Zentrumspartei
Dr. Holz — Jarau — Groß — Wiedemeier
- 5 Deutschnationale Volkspartei
Dr. Böder — Dr. Dölscher — Frau Aloy — Köhler
- 6 Deutsche Volkspartei
Kelmath — Krämer — Kauer — Kader
- 7 Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.
Ballmann — Franz — Pfisterer — Köster
- 8 Deutsche demokratische Partei Württemberg und Hohenzollern
Dr. Deuß — Dr. Bruckmann — Frau Krauß — Dr. Mauch
- 11 Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)
Simpfendorfer — Bausch — Dr. Straßmann — Rab
- 11a Volksrecht-Partei
Kaiser — Vogel — Jockler — Brink
- 12 Deutsche Bauernpartei
Dr. Febr — Dilling
- 14 Bauern- und Weingärtnerbund
Jung — Freilber von Stauffenberg — Klein — Siegel
- 17 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Durr — Ross — Ritter
- 20 Deutsche Sozialistische Kampfbewegung
Schild — Eidenburg — Goldbach — Krause
- 24 Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern
Schneider — Seebich — Hildwein — Frau Gagg
- 26 Gerechtigkeitsbewegung für Parteilose — gegen Lohn, Gehalts- und Rentenerhöhungen — für Arbeitsbeschaffung
Rayer — Schönn — Waldmann — Müller
- 28 Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten
Rital — Jochens — Stoinski — Wittow
- 29 Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich-radikale Volksfront
Deller — Köhler — Zanter — Leinmüller
- 30 Landwirte, Haus- und Grundbesitzer
Gölich — Rauert — Rast
- 31 Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer
Beer — Bruchschat — Zielmann
- 32 Nationalsozialistischer entriegelter Mittelstand
Köhler
- 33 Nationalsozialistischer Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende
Frau Tangemann — Lehmann — Dübn
- 34 Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
Gellwig — Spich — Köhler
- 35 Nationalsozialistischer Volksbund für Wahrheit und Recht
Kramer — Herfort.

Standarten im Nebel

Roman von Herbert S. Frederodort.

Copyright by: Carl Dunder Verlag, Berlin W. 62.

14. Fortsetzung.

„Betrübt, Sendly?“

Eine Sekunde lang lehnt sich der General zurück, schließt die Augen — wer will ihn da erinnern — kann das jetzt nicht brauchen — gerade in diesem Augenblick wünscht er keine Erinnerungen!

„Hiddinn — das Frauenzimmer kann warten. — Gehen Sie zum Teufel, Sendly. Sie hören mich hier!“

„Erzählen!“

„Wegtreten! — Verzeihen Sie die Unterbrechung, Meheurs, das Spiel geht weiter!“

Sendly tritt ab, schließt den Juiaren mit dem Bescheid fort, daß der General jetzt keine Zeit habe — der Mann wagt nicht, den Major offen anzusehen, knallt auf den Boden, die Tür fällt hinter ihm zu.

Der Marischall, der die Szene beobachtet hat, winkt den Major zu sich heran.

Sendly nimmt Platz, bleibt schweigend und steht ein paar mal verstockt zu Jork hin, der besinnungslos spielt.

Der Marischall ist verwundert, begreift nicht, wie der eiserne, trodene, ebern disziplinierte General sich beim Spiel so verändern kann.

„Ein Mann aus der Schule des Alten Friedrich — gewiß, man spielt, man spielt auch hoch und gefährlich — aber diese Festigkeit — es ist, als läge da ein Mensch, der nicht genug in der Wirklichkeit erlebt und sich keine Sensationen beim Wharao schaffen muß!“

Sendly nickt und bemerkt leichthin:

„Nicht unrichtig, Erzählen — General Jork ist ein Vulkan, der sich ab und zu entladen muß.“

„Er spielt nicht wie ein preussischer General, sondern wie ein Abenteuerer — der Herr verhöte, daß ich sonst etwas gegen ihn sage!“

Die Umgebung des Marischalls nickt, alle kennen die

unerwiderte Zuneigung Macdonalds zu dem eifrigen Jork. Sendly sieht dem Marischall in die Augen:

„General Jork ist ein Abenteuerer. Herr Marischall — aber ein Abenteuerer, der sein Blut bündigt und festhält und stark macht für ein Ziel — ein Abenteuerer, der weiß, daß eines Soldaten Leben nichts als abenteuerlich ist, daß er immer nur Wegbereiter, niemals Ziel sein kann, immer nur Instrument, niemals Erfüllung — und darunter leidet, leidet bis zur Selbstverleugung! Dieser Jork könnte ebenso gut Führer einer Kapertflotte sein. Seeräuber, Freischütler, könnte drüben in dem neuen Lande Amerika sich an der Seite von Indianern herumdrücken, selbst ein halber Indianer werden — alles könnte er, alles steht in ihm, jedes Feuer brennt in dieser Brust — wunderbar, wie dieser Gewalt- und Glutmenschen es fertigbringt, sich zu fügen, zu warten, zu gehorchen!“

Danken wir Gott, Herr Marischall, daß er sich nur beim Spiel gehen läßt!“

Macdonald ist ernst geworden, hört die Worte Sendly an, nickt:

„Sie haben recht, Herr Major — vielleicht — ich bitte die Herren um Verzeihung, daß ich über das Spiel des General Jork schlecht sprach!“

Das Geld auf dem Spieltisch ist hin und der gemauert, Jork hat gewonnen, verloren, wieder gewonnen, geht im Sturm vor, weicht zurück, wird geschlagen und wirft sich mit hoffnungslosen Karten von neuem nach vorn, blüht, treibt das Spiel hoch, denkt an nichts anderes — schmeißt plötzlich, als er gerade im Gewinn ist, die Karten hin:

„Ich danke den Herren — ich bin müde.“

Ein Duzend erlauchte Augen spähen durch den Rauch; der General sieht sich um:

„Ich habe noch mehr als zwei Meilen Ritt vor mir.“

Er steht schwerfällig auf, dehnt den breiten Brustkorb, knüpft die Uniform zu:

„Sendly!“

Der Major ist im Augenblick vor ihm.

„Lassen Sie die Pferde vorführen.“

Kurzgehabt von Macdonald, Aufstehen, die Barockschwingen sich hinter Jork und Sendly auf ihre Gänge, das Gatter klingt in den Angeln, die vier Reiter traben nach Norden zu.

Die Nacht ist mondhell, Jork reitet allein voraus, einen Schritt hinter ihm Sendly, danach die Reiterkette der beiden. Der General ist in tiefen Gedanken — er hat sich nach dem Spiel, wie jedesmal, verwandelt, mit jedem Haken, den er an seiner Uniform löst, wurde er ruhiger, verhaltener, unnahbarer.

Er winkt Sendly zu, neben ihn zu kommen:

„Der Russe hat mir geschrieben.“

Das Sattelleger der Gänse knirscht, die Degen klirren leicht an der Seite.

„Ehen in Riga glaubt an die Katastrophe der Grande Armee.“

Er zieht das zusammengelegte Schreiben des russischen Gouvernements aus der Tasche, reicht es Sendly hinüber, der es in hellem Mondlicht zu lesen sucht.

„Napoleon ist am 18. Oktober aus Moskau zurückgekommen — am gleichen Tage, an dem Henkel hier bei mir kam — die Armee ist auf dem Rückzug — der Winter soll furchtbar sein, die Verproviantierung völlig desorganisiert — lesen Sie den Brief da, Sendly.“

Und Sendly liest das Schreiben, in dem die Russen den General Jork anfordern, von Macdonald, von Frankreich — von seinem König, dem Verbündeten Frankreichs — abzufallen und zu ihnen überzugehen. Er gibt es zurück:

„Interessant, Erzählen.“

Jork sieht ihn von der Seite an, nickt seinem Pferde die Sporen, so daß der Gaul in Galopp fällt. Sendly hinterher — die Reiterkette bleiben zurück, und bleiben auf ein. Wink des Adjutanten in größerem Abstand. Man ist allein, der General nimmt die Mähre ab und läßt die Radluft über sein dichtes Haar streichen:

„Hiddinn! — Interessant, Erzählen — verdammt gefährlich, Herr Major, eine Falle, Mensch — nein, keine Falle! Eine verfluchte, hundsstisch verzwickte Frage, mein Sohn!“

Der Schnee liegt unter den Hufen der Pferde, neben den Keilern wippen im englischen Trab beider Schatten.

(Fortsetzung folgt.)



Württemberg

Liebenzell, 28. Juli. (Brand.) In Neuhausen a. d. W. noch gestern Nacht in dem Doppelhaus des Josef Dohs und des Oswald Morlok Feuer aus. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Besizer kaum mehr als das nackte Leben retten konnten. Das Dach konnte noch in Sicherheit gebracht werden. Dank dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr konnte verhindert werden, daß das Feuer auf die umliegenden Gebäude übergriff. Der Schaden ist beträchtlich. Man vermutet Ausschlag als Brandursache.

Hechingen, 28. Juli. (Vom Tarten zu Tode geschickt.) Gartenwächter Christian Egeler ging am letzten Dienstag wie gewöhnlich um 11 Uhr zum Tarten in den Gartenhof. Von dort kehrte er nicht mehr zurück. Sein langes Ausbleiben war insofern nicht auffallend, als angenommen wurde, er habe sich mit der alljährlich anstehenden Jagelkühlungskommission aufs Feld begeben. Er wurde in der Küche liegend gefunden. Der genaue Hergang des Unfalls wird wohl nicht festzustellen sein. Wahrscheinlich wurde er schon vormittags vom Tarten erlöht und zu Tode gebracht.

Frankenbach, 28. Juli. (Spinale Kinderlähmung?) Hier sind einige Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt. Es sind bereits behördlicherseits Vorkehrungen getroffen. Spezialärzte werden die Sache untersuchen.

Ludwigsburg, 28. Juli. (Württemberger bei der Wachttruppe Berlin.) Mit dem 1. August werden vier Einheiten des Wachtregiments abgelöst und in ihre Garnisonen zurückgeführt. In ihre Stelle treten neue Formationen, u. a. die 6. Kompanie des 13. (Württ.) Inf.-Regt. aus Ludwigsburg (Trudt. Inf.-Reg. Nr. 121).

Stuttgart, 27. Juli. (Steuermärkten oder Getränkeverkaufssteuern?) Was den drei gewerkschaftlichen Angestelltenvereinigungen im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe wird uns geschrieben: Am 1. August tritt die Getränkesteuer in Kraft. Sie wird bekanntlich auf alle Getränke, mit Ausnahme des schon besteuerten Biers, erhoben. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, wird von der Regierung beabsichtigt, die Getränkesteuer durch Steuermarken einzuführen. Das Bestreben geht dahin, daß das Bedienungspersonal bei Arbeitsbeginn die Steuermarken (womöglich gegen Vorauszahlung des Werts der Steuermarken) übernehmen und die volle Verantwortung für den Steuerertrag tragen soll. Dieser Einzug ist technisch unbedenklich. Wir halten es jedoch für richtig, wenn vom Gastwirt die Steuer auf allen in Frage kommenden Verbrauch zugeschlagen wird. Es muß den Gästen überlassen bleiben, andere Wege zum Einzug dieser Steuer zu finden. Die gewerkschaftliche Arbeitnehmerchaft lehnt es jedoch entschieden ab, die Getränkesteuer in Form von Steuermarken einzuführen.

Stuttgart, 28. Juli. (Tagung des Deutschen Forstvereins.) Vom 2. August bis 3. September findet in Stuttgart die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins, der größten deutschen forstlichen Vereinigung, statt. Als Referenten sind aus Württemberg angeordnet: Oberforstrat Dr. Wöckel-Stuttgart, Professor Dr. Graf-Schwab, Forstmeister Dr. König-Hohenheim, Dr. med. G. A. Hömer-Stuttgart, Oberforstrat Zimmerle-Stuttgart und Forstmeister Feuchtmann-Stuttgart. Der letztere wird über das Thema „Forstliche Rückblicke auf Landschaft und Volk“ sprechen. Den wissenschaftlichen Verhandlungen schließen sich eine ganze Reihe von Vorträgen an, die Staats- und Privatwaldungen Süddeutschlands an.

Stuttgart, 28. Juli. (Politische Ansammlungen.) Nationalsozialistische Propagandabohlen auf Festwagen fuhren am Mittwoch abend mehrfach durch die Straßen der unteren Stadt. Infolgedessen gab es auf den Straßen größere Ansammlungen. Vor allem in der unteren Neckstraße und auf dem Platz vor der Heilandskirche kam es zu Zusammenrottungen. Ein allein des Wegs kommender SA-Mann wurde, wie der „Schwab. Merkur“ berichtet, von der erregten Menge verprügelt. Nummer 1 erschien das Heberfallkommando, das mehr als eine Stunde zu tun hatte, die Ansammlungen aufzulösen. Vor allem in der unteren Neckstraße, wo in Massen die Fahnen der Nazis und des Hakenkreuzes der Stadt, Gebäude herabhängen, war es sehr unruhig. Die Polizei mußte mehrmals mit der Hebeorgel die Straße und die Höfe säubern. Schließlich forderte die Polizei auf, die Haustore zu schließen, worauf dann nach und nach wieder Ruhe einkehrte.

Deiselsbrunn, 28. Juli. (Von einem Felsblock erschlagen.) In einem Steinbruch der Gemeinde Deiselsbrunn ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. Zwei Arbeiter und ein fünfjähriger Knabe suchten unter einem großen überhängenden Felsblock Schutz vor dem Regen. Plötzlich löste sich der Felsblock und begrub die beiden Arbeiter. Sie konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Der kleine Knabe wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Vom Dager. Allgäu, 28. Juli. (Zwei Bergsteiger tödlich verunglückt.) Wie aus Oberstdorf gemeldet wird, unternahmen drei junge Männer aus Immenstadt eine Bergtour vom Djalhaus zum Schneck. Beim Abstieg glitten der 19-jährige Hans Huber und der 17-jährige Hans Lehmann aus und stürzten etwa 50 Meter in die Tiefe. Sie wurden tot aufgefunden; die Leichen konnten geborgen werden.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 28. Juli. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am Stadt- Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 4 Ochsen, 1 Bull, 30 Jungbullen (anverkauft 10), 2 (2) Kühe, 45 (18) Rinder, 200 Kälber, 829 Schweine, 2 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 23—24, b 21—22 (letzter Markt: um.), c 19—20 (um.), Kühe —, Rinder d 28—32 (um.), e 24—27 (um.), Kälber b 35—37 (34—37), c 29—32 (28—32), d 25—27 (24—27), Schweine a fette über 300 Pfd. 48 (um.), b vollfleischige von 240 bis 300 Pfd. 48 (um.), c von 200—240 Pfd. 48 (48), d von 180 bis 200 Pfd. 46—47 (um.), e fleischige von 120—160 Pfd. 45—46 (44—45), Saunen 33—40 (um.) M. Marktverlauf: Großvieh (Schlapp), Ueberhand, Kälber ruhig, Schweine belebt.

Letzte Nachrichten

w. Darmstadt, 28. Juli. Der heftige Innenminister hat mit sofortiger Wirkung folgende nationalsozialistische Blätter bis einschließlich 1. August verboten: „Deutsche Landeszeitung“, „Südwestdeutsche Landvolkszeitung“, „Mainzer Tageszeitung“, „Main- und Oessbauer“, „Rheinischer Rheinwache“, „Oberdeutsche Tageszeitung“, „Wormser Tageszeitung“, „Dienbacher Nachrichten“ und sämtliche etwaige Kopfbblätter oder Ersatzblätter dieser Zeitungen. Begründet wird das Verbot mit der bei der Wiedergabe der kommunistischen Dokumente erhobenen Behauptung, die heftige Regierung habe bewußt Gefährdungsarbeiten allerhöchster Art.

Hugenbergs Rundfunkrede

Königsberg, 28. Juli. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg sprach heute abend von Königsberg aus über alle deutschen Sender. Für die deutschnationale Volkspartei sei nicht die Eringung der Macht die Hauptsache, sondern die Ausübung der Macht zum Wiederaufbau des Staates und seiner Wirtschaft. Den Nationalsozialisten allein werde die Wahl wie in Preußen auch im Reich keine Mehrheit bringen. Es müsse eine starke deutschnationale Volkspartei hinzutreten. Wir wünschen nicht, fuhr Dr. Hugenberg fort, daß der schwarzrote Parteistaat durch einen anderen Parteistaat abgelöst wird, auch nicht durch einen deutschnationalen oder nationalsozialistischen Parteistaat. Bei dem Renouveau Deutschlands sollten wir uns vor aller Nachahmung des Ausländischen fernhalten. Das

gelte nicht für Neugeborenen wie Uniformen und Gruß. Der neue Staat muß sich auf der re. zwischen Reich und Preußen und einer organischen Verbindung, zwischen Reich und Preußen aufbauen. Die brauchen ein gesundes Eigenleben der Länder und eine stetige Regierung. Da nicht in jedem Augenblick durch Parlamentsbeschlüsse gefährdet werden kann. Den Parlamenten muß das Recht gen. — zur praktischen Minister abzugeben. Nach wie vor sind wir — bereit. Aber Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Programm Maßnahmen, wie diese sie jetzt dem marxistischen Programm entziehen, z. B. Verstaatlichung der großen Gesellschaften oder Einziehung von Staatskommissionen in den Betrieben — das hängt sogar nach Sowjetrußland — machen wir aus uns. — in dem Gewissen heraus nicht mit und würden nötigenfalls auch eine gemeinsame Regierung daran weitern lassen.

Wir glauben an Deutschland und seine Zukunft. Wenn alles wieder gut werden soll, müssen die bisher regierenden Mächte, Zentrum und Sozialdemokraten, völlig aus der Regierungsgewalt ausgeschlossen werden. Auch das Zentrum! Deutschland wäre verloren, wenn Zentrum und Nationalsozialismus sich finden und gemeinsam Deutschland regieren sollten. Das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist dann dahin. Der übrige Welt gegenüber würden wir bald zum lächerlichen Nichts werden.

Rundfunkrede von Justizrat Rönning

Köln, 28. Juli. (Eig. Meld.) Der Vorsitzende der Rheinischen und Preussischen Zentrumspartei, Justizrat Rönning, betonte heute abend in einer Rundfunkrede, das Zentrum sei heute der unabweigbare Schutzwall gegenüber den Kräften, die die Staatsbürgerrechte der christlichen Bevölkerung bedrohen. In der Wiederherstellung der inneren Ruhe und Ordnung erblicke das Zentrum die unerlässliche Voraussetzung der Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft und die unentbehrliche Grundlage seiner Außenpolitik. Merken könne das deutsche Volk nicht eine Diktatur, sondern nur eine Volksherrschaft, die die Nation im Innern zusammenführe, von innen nach außen in die Welt hinaus treibe und sich vor gefährlichen Illusionen hütet. Das Zentrum habe sich nie geweiht, mit den positiven Kräften der Nation zusammenzuwirken, nicht erst Verträge habe sich um die Rechte bemüht. Man könne aber nicht den Kommunismus bekämpfen, indem man die Sozialisten radikalisiert und sie in kommunistische Haltung früherer Zeiten zurückbringt. Aus einer erst konterkaranten Auffassung von Volk und Staat habe das Zentrum die Sozialisten nicht links liegen lassen, sondern sie zur Mitverantwortung herangezogen. Das Zentrum wende sich gegen jeden Sozialismus, es wende sich aber mit derselben Schärfe gegen einen Liberalismus, der den Eigenwert über das Gemeinwohl stellt. Das Ziel des Zentrums sei die wirkliche und echte nationale Konzentration, die nicht sprengt, sondern zusammenführt.

Häuser werden ... verpfändet

In den Fenstern eines Hauses auf der Nordseeinsel Nordern findet sich, den „Hamb. Nachr.“ zufolge, ein Notgeld in Form mehrerer Plakate, die schlaglichtartig die heutigen Wirtschaftsverhältnisse beleuchten. Man liest dort: Die komplette Einrichtung dieses Hauses mit dreißig Betten, Wäscherei, großer Restaurationsküche, Kupfergeschirr, großen Spiegeln, Bildern, Teppichen, Haus- und Bettwäsche, Kristallkrone, Tischen für etwa 200 Personen, feinstem Porzellan, Glas, Tafelüber, Mobiliar-Feuerversicherung über 100.000 M., ist zum Spottpreis von 30.000 M. zu verkaufen. Der Käufer der Einrichtung erhält das Gebäude, in dem sich diese befindet, kostenlos. Das Gebäude ist nach allen vier Seiten freistehend und vollkommen unbelastet. Der amtlich festgelegte Bruttoinventarwert des Gebäudes beträgt 110.540 M. — Hier zeigt sich die Not der Zeit in erschreckender Weise.

Flugzeugunglück in Polen

Warschau, 28. Juli. Bei Flugzeugmanövern, die am Mittwoch in ganz Polen stattfanden, ereigneten sich drei schwere Unglücke, wobei insgesamt sechs Piloten getötet wurden. Der erste Unfall trat in der Nähe von Lemberg zu. Dort stürzte das Flugzeug aus 150 Meter Höhe durch Motorschaden ab. Beide Insassen, zwei Offiziere, kamen hierbei ums Leben. Der zweite Unfall ereignete sich bei Konin in Mittelpolen. Dort geriet die Maschine in 500 Meter Höhe in Brand. Sie stürzte ab und die beiden Insassen, zwei Unteroffiziere, konnten nur noch als verkohlte Leichen geborgen werden. Der dritte Unfall spielte sich in der Nähe von Posen ab, wo auch das Flugzeug abstürzte. Hierbei wurden die beiden Piloten, ein Offizier und ein Unteroffizier, ebenfalls getötet.

Schweres Flugzeugunglück in England

w. London, 28. Juli. Bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe von Harburn (Surrey) verunglückte der 38-jährige Graf Otto Erbach-Bürkenau tödlich. Dem Unfall fielen außerdem die Mutter des konservativen Unterhausmitgliedes Bosom und ihr Sohn zum Opfer. Graf Erbach-Bürkenau wollte als Gast bei der Familie Bosom in England. In der Flugzeugkategorie bei Harburn, bei der Graf Erbach-Bürkenau tödlich verunglückte, werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Die Katastrophe ereignete sich unweit von Chart, wo Lord George und Viscount Snowden Sandhäuser besitzen. Augenzeugen berichten, daß das Flugzeug, eine sogenannte Wotter, in beträchtlicher Höhe bei starkem Wind in Stücke brach und abstürzte. Die drei Insassen fielen heraus und ihre Körper schlugen in beträchtlicher Entfernung voneinander auf dem Boden auf. Sie konnten erst nach stundenlangem Suchen gefunden werden.

Veteranen-Sturm in Washington

Washington, 28. Juli. Bei der von der Polizei angeordneten Räumung eines sonst leerstehenden Regierungsgebäudes, in dem Veteranen Unterkunft gefunden hatten, kam es zu einem stürmischen Zusammenstoß, wobei 18 Personen verletzt wurden, darunter 2 Polizeibeamte tödlich. 200 Veteranen härmten das Gebäude und bewarnten die Polizeibeamten mit Pfeilspitzen. Die Polizei, die Verhaftung erhalten hatte, drängte die Veteranen unter Jubelrufen des Gummihüpfels wieder zurück. Eine Vorsichtsmaßregel wurde dadurch getroffen, daß die Postkasten zugedrückt hochgezogen wurde, wodurch der Anmarsch der im Anacostia-Lager befindlichen Veteranen abgeschnitten wurde. Das Weiße Haus steht unter Bewachung. Außerdem hat das Kriegsdepartement die Bundesstruppen angewiesen, sämtliche Regierungsgebäude in der Nähe des Weißen Hauses von den Kriegsveteranen zu räumen.

Etwa 200 Mann Kavallerie, eine Maschinengewehrabteilung, ein Bataillon Infanterie und 5 Tanks aus verschiedenen benachbarten Forts sind in der Nähe des Weißen Hauses konzentriert.

Der Kampf zwischen den Bundesstruppen und den Veteranen nimmt immer schärfere Formen an. Die Truppen gehen jetzt mit Tränengasbomben vor, nachdem es den Infanterie- und Kavallerieabteilungen nicht gelungen ist, mit aufgeschlossener Bajonett die Veteranen aus der Umgebung des Kapitols zu vertreiben. Den mit Gasmasken ausgerüsteten Bundesstruppen gelang es, die öffentlichen Gebäude und die Straßen von den widerpenigen Veteranen zu säubern.

Hinweise

Wir weisen nochmals auf die am 30. ds. stattfindende Versammlung hin und bitten unsere Wähler, sowie alle, die Interesse an unserer Bewegung haben, um zahlreichen Besuch. Gleichzeitig rufen wir aber das bestimmte Erkrichen an alle diejenigen, die kein persönliches Interesse zu uns führt, der Versammlung fernzubleiben und den Frieden unserer Gemeinde nicht durch Streitereien zu stören, alle Schuld würde auf sie fallen. NSDAP, Ortsgruppe Birkenfeld.



Veteranenbivak im amerikanischen Capitol

Amerikanische Kriegsveteranen haben sich in den Korridoren des amerikanischen Parlamentsgebäudes häuslich niedergelassen und warten seit vielen Wochen auf die Erfüllung ihrer Forderungen

NUR NOCH 3 TAGE

Saison-Schluß-Verkauf unseres Lagers in Damen-Konfektion: Kleider, Mäntel, Kostüme, Blusen- u. Kindermäntel

Krüger & Wolff

PFORZHEIM

Montag letzter Tag!

Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion.

Nur durch eine ehrliche Volksgemeinschaft, die Arbeit, Eigentum, Freiheit und Recht gewährleistet, kommt Deutschland wieder empor. Dafür tritt ein die **Volkrecht-Partei, Liste 11a**

Schlächterei-Anlage.

Karl Seyfried, Metzger und Wirt zur „Linde“ in Döbel, beabsichtigt, in seinem bestehenden Scheuergebäude Nr. 102a eine Schlächterei-Anlage einzurichten und sucht um Genehmigung hiezu nach.

Etwelge Einwendungen gegen dieses Gesuch sind binnen 14 Tagen beim Oberamt, wo auch Pläne und Beschreibungen zur Einsichtnahme auslegen, anzubringen. Spätere Einsprüche können nicht mehr berücksichtigt werden.

Neuenbürg, den 27. Juli 1932.

Oberamt:

Schäfer, Regierungsrat.

Wer den Schaffenden aller Stände, in Stadt und Land, ihren Lohn und Verdienst, den nicht mehr arbeitsfähigen Mitbürgern ihre bescheidene Rente gesichert erhalten wissen will, der wählt

Volkrecht-Partei, Liste 11a

Die letzten Tage des Saison-Schluss-Verkaufs

bringen das große Aufräumen mit einfach tollen Angeboten. In diesen Tagen geben wir Ihnen die letzte Gelegenheit, manchen regulären Warenposten für den halben Preis zu kaufen.

Solche Preise wie diese gelten von jetzt an:

Gummischürzen aus gutem Gummistoff, best bedruckt, fehlerfreie Ware	18 .	Sport- oder Polo-Bluse	60 .
Mackokragen flach, modern, lange Ecken	18 .	Kaffee-Decken aus Seiden, Nessel, 180/180	95 .
Bade-Anzüge aus guter Baumwolle, einfarbig, Größe 42-48	50 .	Der moderne Damen-Netzstrumpf in Modelarben	1¹⁰

Auf alle im Preise nicht zurückgesetzten, zulässigen Waren geben wir weiterhin **10% Rabatt!**

KNOPF

PFORZHEIM

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Samstag den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, in Herrenald:

- 2 Zimmer-Büfets, eichen,
- 2 Klubsessel, 1 Schreibtisch,
- 1 Klavier, 1 Chaiselongue,
- 1 kupferne Bowle.

Zusammenkunft beim Rathaus. Gerichtsvollzieherstelle Herrenald.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Samstag den 30. Juli, vormittags 11 Uhr, in Gutzlöhsteele:

- 1 Büfett, 1 Radioapparat,
- 1 Nähmaschine.

Zusammenkunft beim Rathaus. Gerichtsvollzieherstelle Wildbad.

Neuenbürg.
Morgen Samstag



Schlachtpartie
bei
Scholl zur „Traube“.

Wähler u. Wählerinnen!

Wollt Ihr Alleinherrschaft eines niemand verantwortlichen Machthabers, Partei-, Gewalt- und Schreckensherrschaft (Köpfe rollen), Judenhege, **leichtsfertige Preisgabe der Eigenstaatlichkeit** Württembergs, herausforderndes Gebahren gegen das Ausland, dann verheißt den **Nationalsozialisten zum Siege!**

Wollt Ihr aber bürgerliche Freiheit, Meinungs-, Redefreiheit, Rechtssicherheit, Schätzung des Menschen nicht nach dem Parteibuch, sondern nach der Denkart und Handlungsweise, Volksgemeinschaft aller Stände und Klassen, Arbeitsbeschaffung und Siedlung nicht bloß für die Angehörigen der herrschenden Partei,

Wollt Ihr Erhaltung der Freiheit, über unsere besonderen württembergischen Angelegenheiten selbst zu entscheiden,

Wollt Ihr Selbstregierung des Volkes durch Männer seines Vertrauens, feste und würdige Haltung gegenüber dem Ausland,

dann

wählt Liste 8
Deutsche Demokratische Partei.

Birkenfeld.

Das Stromgeld

Ist unter Angabe des Zählerstandes zu zahlen:

Buchst. A-K am 1. Aug.	je von 8-12 Uhr
" L-M " 2. "	und von 1-7 Uhr.
" T-Z " 3. "	

Fürschiefer.

Bahnhof-Restaurant

„Haltestelle Engelsbrand“.

Am Samstag den 30. Juli, abends 8 Uhr,

TANZ (Kapelle „Apollo“ spielt)

wozu freundlichst einladen

Karl Pfeiffer und Frau.

Sonntag abd. Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch Radio.

Auf vielseitigen Wunsch kommt Höcher wieder nach Neuenbürg!

Schuh-Vertrieb Marktplatz 139
bei Ralmshemer.

Eröffnung Freitag 9 Uhr!

Damen-Spangenschuhe	1.95	2.80	3.50	4.50
Gesundheitsschuhe	6.50			
Kinderschuhe	1.50	2.50	3.50	
Herrren-Halbschuhe	6.00	6.50	7.50	8.00
Herrren-Stiefel	7.50	8.50	9.50	
Herrren-Sportstiefel	7.50	8.50	9.50	
mit Lederfutter 10.50				

Sie haben große Auswahl und nur halbe Preise!

Josef Höcher, Neuenbürg a. E.

Hauptgeschäft Pforzheim, Gymnasiumstraße 6.
Zweiggeschäft Karlsruhe, Adlerstr. 36.

Inserate heben den Umsatz!

Evangelische Wahlberechtigte,

hört!

Ist euch die Erregenschaft der Reformation noch heilig?

Wollt ihr Hüter biblischen Christentums sein?

Wollt ihr nicht uneinlösbaren Versprechungen politisch extremer Richtung zum Opfer fallen?

Wollt ihr der Partei, die das Jünglein der Wage zwischen den politischen Gegensätzen bildet, eure Stimme geben, sodas die Gefahr einer Revolution abgewandt wird?

Wollt ihr, das die soziale Hilfe in dieser schweren Notzeit nicht noch mehr unterbunden wird? —

so wählt den

Christlich-Sozialen Volksdienst

das heißt wählt

Liste 11



N.S.D.A.P.
Ortsgruppe Birkenfeld.

Öffentl. Wähler-Versammlung

findet statt am kommenden Samstag den 30. ds. Mts., abends 9 Uhr, im Gasthaus zum „Löwen“. Saalöffnung 8.30 Uhr. — Redner:

Hg. Dirr, M. d. L. aus Stammheim, M. Calw.

Thema:

„Volk erwache, gib Hitler die Macht!“

Die Bevölkerung von Birkenfeld ist hiezu freudl. eingeladen.

Eintritt 20 Pfg.

Erwerbslose frei!

Höfingen — Schömberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, zu unserer am

Samstag den 30. Juli 1932

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. „Döfen“ in Schömberg freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Friedrich Karle,
Sohn d. Fr. Karle, Bahnhofsvorwalters in Höfingen.

Marie Theurer,
Tochter d. Joh. G. Theurer, Landwirts in Schömberg.

Kirchgang um 1 Uhr in Schömberg.

Neuenbürg.
Morgen Samstag



Schlachtpartie

mit neuem Sauerkraut,

wozu einladet

Reiß zum „Döfen“.

Birkenfeld.

Schöne sommerliche

3 Zimmer-Wohnung

zu mieten gesucht. Preisangabe erwünscht.

Zu erfragen bei der Agentur.

Reißzeuge

jeder Preislage empfiehlt die

C. Mech'sche Buchhandlung.

Hochzeits-Karten

liefert schnellstens

C. Mech'sche Buchdruckerei.